

Nummer 80

Dezember 2000

Zulnr. 82399G85U

GLÜCK AUF

Mitteilungsblatt der KPÖ-Fohnsdorf

WAG – die Weichen für den Verkauf sind gestellt!

Bei Nacht und Nebel haben VP und FP im Parlament ein Gesetz beschlossen, das den Verkauf der WAG und der anderen Bundeswohnungsgesellschaften möglich macht. 1.200 WAG-Wohnungen in Judenburg und Fohnsdorf sowie 750 EGAM-Wohnungen im Aichfeld sind von diesem gravierenden Einschnitt betroffen.

Ende März 2001 läuft der Gemeinnützigkeitsstatus für die WAG aus. Anschließend werden die Wohnungen den Mietern zum Kauf angeboten. Nach sechs Monaten können alle Wohnungen, die nicht verkauft worden sind, an „institutionelle Anleger“ verschertelt werden. Der Finanzminister will aus dem Verkauf der Bundeswohnungen 30 Milliarden Schilling hereinbekommen. Für die WAG soll sich bereits der japanische Banken- und Immobilienkonzern Nomura interessieren. Die AK befürchtet durch die

Privatisierung eine Steigerung der Wohnungskosten um bis zu 2000 S.

GR Günther Drobesch: „Die Wohnungen des Bundes sollen endgültig Spekulationsobjekte werden.

Wenn wir jetzt nicht gegen diese Pläne aktiv werden, kann es bald zu spät sein. Deshalb ersuchen wir die politisch Verantwortlichen, genügend Druck zu machen, damit dieser Verkauf der WAG-Wohnungen nicht über die Bühne geht. Die Menschen müssen Vorrang vor dem großen Geld haben. Jahrelang haben uns die hohen Herrschaften beruhigt. Sie haben gesagt, dass mit den Wohnungen nichts passieren kann. Die Warnungen der KPÖ hat man in den Wind geschlagen. Jetzt steht man vor einem Scherbenhaufen.

Diese Regierung agiert mit allen Tricks hinter dem Rücken der Öffentlichkeit

und umgeht auch die Mitwirkungsrechte des Parlaments. Das zeigt die Entwicklung der letzten Tage. Treibende Kraft hinter diesem Anschlag auf das

soziale Wohnungswesen ist die FP. Haider redet vor den Wahlen von Mietensenkungen. Nach der Wahl machen seine Leute das Wohnen teurer.“



**Pensionisten:
Abgespeist
und für dumm
verkauft**

Seite 2

**Steuergeld
für Parteien
und Politiker**

Seite 2

**KPÖ-Franz
Leitner:
Ein „Gerechter
der Völker“**

Seite 3

• • • • •
• **8. Dezember:** •
• **Handels-** •
• **angestellte** •
• **bleiben auf** •
• **der Strecke** •
• • • • •
• **Seite 4.** •
• • • • •

Pensionisten: Abgespeist – für dumm verkauft

Bei der Pensionserhöhung 2001 werden die Senioren mit 0,8 Prozent abgespeist und für dumm verkauft. Während der Preisanstieg immer rasanter wird und der Fall des Euro das Schlimmste für die Inflationsrate 2001 befürchten lässt, will man den Pensionisten nur 0,8 Prozent geben.

Die sich heute in Pension befindlichen Frauen und Männer haben den heutigen Wohlstand in Österreich hart erarbeitet, aber viele von ihnen geraten durch die unsozialen Maßnahmen der Regierenden immer mehr in die Armutsfalle.

Während die Pensionserhöhung für das Jahr 2000 nur 0,6% - das sind 60 Groschen für 100 S – betrug, stieg die Teuerung bis jetzt auf fast 3 %. Die Erhöhung der Medikamentengebühr um 10 S, die bereits beschlossene Gebühr für den Besuch eines Ambulatoriums von 150 S bzw. 250 S sowie die Erhöhung des Spitalskostenbeitrages auf 100 S pro Tag treffen die alten Menschen besonders hart. Durch den Wegfall des allgemeinen Absetzbetrages steigt auch bei niedrigen Pensionen die Lohnsteuer.

Auch die Heizkosten steigen dramatisch an. Trotz-

BLUMEN STIEG- HAUPTSTRAÙE 3A 8753 FOHNSDORF

Tel. und Fax 03563 / 2671

Mobil 0664 / 255 9955

dem werden die Pensionisten mit 0,8 % Erhöhung und einem Einmalbetrag abgespeist, der auf kommende Pensionserhöhungen nicht eingerechnet wird.

Die KPÖ fordert eine echte Abgeltung der Teuerung. Das bedeutet einen Sockelbetrag von 500 S monatlich für alle Pensionisten und eine Pensionserhöhung von mindestens 5% brutto.



Mehr Steuergeld für die Parteien

Bei den Wahlen geht es um Geld und um Posten. Das hat sich nach dem 15. Oktober deutlich gezeigt. Die VP kassiert ab. Die VP bekommt insgesamt um 9 Millionen S mehr an Steuergeldern für ihre Parteizwecke. Die Parteienförderung steigt auf 25,8 Mio. S, zusätzlich gibt es

13,5 Mio. S Klubförderung. Auch die Grünen bekommen mehr: 5,8 Mio. S (plus 1,4 Millionen).

Nach dem Stühlerücken bei den Landesräten wurde bekannt, dass es in den Büros der Landesregierung insgesamt

168 politische Mitarbeiter gibt. Hier will man 22 Dienstposten einsparen.

Die Superpensionisten

Auch ein Wahlverlierer steigt sehr gut aus: Ex-Minister Schmid von der FP hat Anspruch auf eine Ministerpension von 125.504 S. In ein paar Jahren steht im auch eine Landesratspension in der Höhe von 49.471 S zu.

Frau Landeshauptmann Klasnic hat schon bekannt gegeben, dass auf sie eine Pension in der Höhe von etwa 150.000 S wartet. Bei Schachner-Blazizek werden es ebenfalls mindestens 150.000 S monatlich sein. Unsere Politiker kosten viel Geld. Steuergeld.

Die Kehrseite der Medaille

Im Gegensatz dazu gibt es für viele, von Politikern gerne als „kleine Leute“ bezeichnete Beschäftigte keine „fröhlichen Weihnachten“ und keine soziale Sicherheit. Sie werden „wegrationalisiert“:

- In Krieglach vermutlich 117 Leute beim dortigen Röhrenwerk,
- in Köflach vermutlich 91 Leute von der Graz-Köflacher-Bahn (GKB).
- Auch bei den Österreichischen Draukraftwerken (ÖDK) wackeln dem Vernehmen nach dutzende Arbeitsplätze.



English Pub Charly Chaplin
Fohnsdorf Hauptstraße 14
Telefon: 03573/4898
www.wiffzack.com e-mail: chaplin@aon.at

**Wir wünschen ein
frohes Weihnachtsfest
und Prosit Neujahr!**

**am 24. Dez. bis 17 Uhr geöffnet!
25. u. 26. Dez. sowie 31. Dez.
und 1. Jänner GESCHLOSSEN**

Peter Scherz: AK muss aktiv werden

„Die arbeitenden Menschen sollen unter dem Zeichen der Flexibilisierung rund um die Uhr zu Anhängseln der modernen Technik gemacht werden“. Das betonte Kammerrat Peter Scherz (GLB) auf der steirischen Arbeiterkammervollversammlung am 9. November.

GLB Sein Antrag zur Neuverteilung der Steuerlasten wurde einstimmig angenommen. Die AK wird darin aufgefordert, ihre politischen Möglichkeiten für eine grundlegende Neuverteilung der Steuerlasten einzusetzen. Schwerpunkt muss die Entlastung der ArbeitnehmerInnen sein. Gleichzeitig soll die Besteuerung der Gewinne, Kapitalerträge und großer Vermögen der Besteuerung des Arbeitseinkommens angepasst werden. Eine solche Neuverteilung der Lasten entspricht dem Prinzip der Steuergerechtigkeit ebenso wie der Sicherstellung ausreichender Staatseinnahmen.

Peter Scherz: „Es kann nicht angehen, dass Österreich im Bereich der Unternehmensbesteuerung und der steuerlichen Behandlung großer Vermögen weit unter dem

Durchschnitt anderer europäischer Staaten liegt und sich zum Steuerparadies für Reiche entwickelt hat.“

Die Anträge des GLB gegen die Schließung der ÖBB-Lehrwerkstätten in Graz und Knitelfeld, gegen die Sperre der Molkerei in Graz sowie gegen die Streichung freiwilliger Sozialleistungen wie der Zuschüsse zu Kindererholungsaktionen durch die GKK wurden mehrheitlich angenommen und teilweise an den Vorstand zur Weiterbearbeitung verwiesen.



Franz Leitner:

Steirischer Held aus dem KZ

Bei der festlichen Eröffnung der Grazer Synagoge war ein „steirischer Held aus dem KZ“ („Die Woche“) einer der Ehrengäste: Franz Leitner, KPÖ-Landtagsabgeordneter außer Dienst, ehemaliger Landesobmann der KPÖ-Steiermark und Träger des Ehrentitels „Gerechter der Völker“.



Diese hohe Auszeichnung des Staates Israel erhielt Franz Leitner, weil er als Häftling im KZ Buchenwald (Thüringen, Deutschland) etwa 100 jüdischen Kindern das Leben rettete.

Als Kommunist war Franz Leitner zwischen 1939 bis zur Befreiung 1945 im KZ-Buchenwald. Als Blockältester im Kinderblock setzte er sein Leben ein, um die Kinder zu retten.

Zu Recht nennt ihn „Die Woche“ einen ganz Großen der österreichischen Widerstandsbewegung im Zweiten Weltkrieg.

Zukunft – Flugplatz Zeltweg

Eine gut besuchte Veranstaltung in Spielberg mit KPÖ-vorsitzendem Mag. Walter Baier diskutierte über die Zukunft der Flieger-Werft. Nach Aussage von Landeshauptmannstellvertreter Schöggel (FPÖ) ist Zeltweg ein Flughafen und bleibt auch einer. Dazu würden zusätzliche Geldmittel gebraucht. Es werden in Zukunft 30 Abfangjäger benötigt, statt wie bisher 24.

Jeder kann sich selbst ausrechnen, wieviel zusätzlichen Lärm das bedeutet. Diverse Studien über mögliche Gegengeschäfte für die Regierung haben schon etliche Millionen gekostet. Wie denken Sie als Steuerzahler über soviel Geldverschwendung? Die derzeitige Regierung praktiziert eine Verschleierungstaktik, was den Flughafen Zeltweg betrifft. Jedenfalls ist ein europäisches Sicherheitssystem der Übergang zum NATO-Beitritt. Kosten unbekannt!!!

Die KPÖ-Fohnsdorf wünscht allen Fohnsdorferinnen und Fohnsdorfern ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr.



Der 8. Dezember – nur mehr ein Tag wie jeder andere?!

Noch vor ein paar Jahren wehrten sich Gewerkschaft und Kirche vehement gegen ein Offenhalten der Geschäfte am 8. Dezember. Heute haben die großen Handelsketten gewonnen – den „Tanz ums goldene Kalb“ machen – gezwungenermaßen – auf die kleinen Geschäfte und Gewerbebetriebe mit.

Wir verstehen die Fohnsdorfer Kaufleute, daß sie dem Druck der „Großen“ in der Arena und den umliegenden Gemeinden nachgeben müssen.

Es genügt jedoch nicht, den Handelsangestellten eine finanzielle Abgeltung für diesen Tag zukommen zu lassen. Außerdem stehen in den kleinen Betrieben meistens die Chefs persönlich hinter dem Landentisch, da sie sich den Lohn für die Angestellten nicht leisten können.

Der 8. Dezember war ein wichtiger freier Tag, eine Verschnaufpause für die Handelsangestellten vor den „Kaufrauschochen“ bis zum Heiligen Abend. Es ist wirklich schon so, daß in unserer konsumorientierten Welt der Profit weit vor den Grundbedürfnissen und der Gesundheit der Menschen steht.

HELFEN

Sprechstunden
unseres Gemeinderates:

Beginn: Montag, 8. Jänner 2001
von 17 - 18 Uhr

dann:
jeden 1. Montag im Monat

Wir haben für alle Anliegen ein offenes Ohr!

„Die Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völ-

Unter diesem Motto informierte der pakistanische Gewerkschafter Kahlid Mehmood in einer Veranstaltung am 10. November über die Gewerkschaftsarbeit, die oft unzumutbaren Arbeitsbedingungen der Menschen und die Repressalien, denen Frauen und Kinder in Pakistan ausgesetzt sind. Leider scheint dieses Thema nur sehr wenige Menschen in unserer Region zu interessieren. Die Anwesenden, unter ihnen etliche junge Leute, machten seine Ausführungen sehr betroffen. Gewerkschaftsarbeit wird mit Gefängnis und Tod bedroht, die Unterdrückung der Frauen ist Teil

des gesellschaftlichen Lebens. Und seit ein Vertreter der FPÖ Botschafter in Pakistan ist, wird die Erteilung eines Visums für Österreich zum Spießrutenlauf, berichtete Kahlid Mehmood. Bei der Veranstaltung wurden zur Unterstützung der Gewerkschaftsarbeit ca. 2.600.- Schilling gesammelt.



SAALVERMIETUNG

Der große Saal der „Resti“ in Fohnsdorf, Josefiplatz 3a ist der passende Rahmen!

Modernisiert und renoviert ist er günstig zu mieten!

Suchen Sie Räumlichkeiten für eine größere Gesellschaft?



Anfragen und Informationen:

KPÖ Fohnsdorf •
Tel. 035 73/ 21 66



Ihr tägliches Brot und frisches Gebäck
von Bäckerei

Anita Mirnig

Fohnsdorf:
Judenburgerstrasse 3b, Hauptplatz 1
Dietersdorf: Hauptstraße 52